

**Pressemitteilung
mit der Bitte um kostenlose
Veröffentlichung**

18.03.2011

BUND-Kandidatencheck zeigt: Bei der Atomenergie la- viert die CDU

Bund für Umwelt und Naturschutz Regionalverband Nordschwarzwald fordert Wähler auf, von Landtagskandidaten Antworten einzufordern

Die Risiken und Folgen der Nutzung von Atomenergie hat die CDU bislang trotz der Debatten über Laufzeitverlängerung und fehlende Endlagermöglichkeiten systematisch verharmlost und verdrängt. Bis zur Atomkatastrophe in Japan hat sich die Partei in Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Stefan Mappus vehement für die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken stark gemacht. Wie wenig sich die CDU mit der Verantwortung für die massive Atomstromproduktion im Land auseinandergesetzt hat, beweist der Kandidatencheck zur Landtagswahl des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mit dem die 350 Landtagskandidaten von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, FDP und Die Linken aufgefordert wurden, Stellung zu fünf drängenden umweltpolitischen Fragen zu beziehen:

Auf die Frage, ob sich die Bewerber um ein Landtagsmandat für eine ergebnisoffene Suche nach einem Atommüll-Endlager einsetzen, bei der auch ein Standort in Baden-Württemberg in Betracht kommt, verweigerten bislang die CDU-Kandidaten aus den Wahlkreisen Calw und Freudenstadt, überhaupt Position zu beziehen. Die Kandidaten aus den Wahlkreisen Pforzheim und Enz antworteten lediglich mit der offensichtlich von der Partei vorgegebenen Floskel, die Erkundung des Salzstocks Gorleben abwarten zu wollen. Dabei belegen geologische Gutachten bereits, dass sich Gorleben aus Sicherheitsgründen nicht als Endlager für hochradioaktiven Müll eignet. „Der sorglose Umgang der CDU mit der Endlagerfrage steht stellvertretend für die Haltung der Partei zum gesamten Thema Atomenergie“, so Karl-Ernst Rothfuss, Vorstandsmitglied des BUND im Nordschwarzwald.

Während sich landesweit sämtliche Kandidaten der Grünen, 83 % der Linken, 77 % der SPD und 46 % der FDP den Fragen des BUND zu Umweltthemen stellten, antworteten nur 26 % der CDU-Vertreter. „Dieses Desinteresse entlarvt, dass es sich bei der Unterbrechung der Laufzeitverlängerung nicht um eine ernsthafte energie-politische Wende handelt, sondern um bloßen Aktionismus kurz vor der Landtagswahl“, wertet Karl-Ernst Rothfuss dieses Ergebnis des Kandidatenchecks und fordert die Wählerinnen und Wähler auf, sich unter www.umweltfreundlich-waehlen.de über ihre Kandidaten zu informieren und eine ehrliche Antwort zur Endlagersuche einzufordern.